

BERLINER RUNDSCHAU

CDU fordert
mehr Einsatz von
Videotechnik



Frank Henkel
bedauert Blockade
der Berliner SPD

SPD verhindert Bürgerschutz durch Videotechnik

Der im Senat vereinbarte verstärkte Einsatz von Videotechnik an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Alexanderplatz ist an der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus gescheitert. Für die Berliner CDU bleibt dieses wichtige Thema jedoch auf der politischen Agenda.

„In dieser Wahlperiode ist es wegen der SPD nicht mehr möglich, Videotechnik an Orten einzusetzen, die von Kriminalität belastet sind, wie beispielsweise am Alexanderplatz. Das bedauere ich sehr“, sagte Innensenator Frank Henkel, der gleichzeitig Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der Berliner CDU ist. Der Gesetzesentwurf des Senats sah vor, dass am Alexanderplatz ein Modellversuch bis 2019 gestartet wird. Dieser sollte evaluiert werden und bei einer positiven Auswertung automatisch verlängert und auf andere Kriminalitätsschwerpunkte ausgeweitet werden können.

Henkel „Die CDU hat die Trendwende beim Sicherheitspersonal eingeleitet. Ein starkes Berlin braucht eine starke Polizei.“



Bezeichnend bei diesem Vorgang ist, dass zuvor der Regierende Bürgermeister Michael Müller diesem Vorhaben seine Zustimmung gegeben hatte. Mehr noch: Er stellte sogar den Gesetzesentwurf zur Ausweitung der Videotechnik in der vorangegangenen Senatspressekonferenz selbst vor.

Die SPD-Fraktion lehnte diesen Entwurf jedoch überraschend ab, obwohl sie

im Vorfeld Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte. Außerdem war die CDU der SPD entgegengekommen, indem sie die von den Sozialdemokraten gewünschte Evaluation in den Gesetzesentwurf aufgenommen hatte. Angeblich gingen der SPD die Vereinbarungen zu weit. Außerdem behaupteten die Sozialdemokraten, dass der Gesetzesentwurf auch die Überwachung von Wohnraum vorgesehen hätte. Dies ist allerdings nicht der Fall. Auf Nachfragen von Medien konnte die SPD-Fraktion daher ihre Behauptung auch nicht belegen.

„Ich habe offenbar die Autorität des Regierenden Bürgermeisters in die SPD-Fraktion hinein überschätzt“, kommentierte Frank Henkel. Es habe den Anschein, als sei der Machtkampf zwischen Michael Müller und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh wieder ausgebrochen. Dass dadurch auf mehr Sicherheit verzichtet wird, müsse die SPD den Menschen in unserer Stadt erklären.

Der Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner, sieht das genauso. Für ihn wird gleichzeitig deutlich, dass es der SPD an Verlässlichkeit und Verantwortungs-



bewusstsein mangelt. „Ich halte es für verantwortungslos, dass sich die SPD bei jeder Gelegenheit, wenn es um die Stärkung der Sicherheit geht, aus der Verantwortung stiehlt“, sagt er.

Für die Berliner CDU ist jedoch klar, dass sie sich weiterhin für den verstärkten Einsatz von Videotechnik einsetzen wird. Denn für die Christdemokraten hat die Bekämpfung von Kriminalität und die Aufklärung von Straftaten höchste Priorität.

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) setzen aus diesen Gründen ebenfalls auf Videokameras. Seit Jahren werden sie in Bussen und Bahnen eingesetzt. Der Erfolg spricht für sich. Die installierten Kame-



ras sorgen nicht nur dafür, dass sich die Fahrgäste sicherer fühlen, sondern die Sicherheit hat sich auch tatsächlich erhöht. So wurde im Jahr 2014 und im ersten Halbjahr 2015 in mehr als 5.000 Fällen Videomaterial der BVG durch die Polizei angefordert. Im Anschluss wurde in 700 Fällen ein Tatverdächtiger ausgemacht. Insgesamt ist die Gewalt bei der BVG auch durch den Einsatz von Videotechnik um 25 Prozent zurückgegangen. „Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung ist es geradezu unverantwortlich, auf dieses Instrument zu verzichten“, betonte Frank Henkel. Für die Fahrgäste sei es daher eine gute Nachricht, dass nun auch die S-Bahn den Einsatz von Videotechnik ausbaue. „Wir wollen, dass die Berlinerinnen und Berliner im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr sicher unterwegs sind“, so der Parteichef weiter.

Frank Henkel verdeutlichte aber gleichzeitig, dass Videotechnik allein nicht ausreicht. Sie könne mehr Polizeipräsenz, konsequente Strafverfolgung und ein angemessenes Strafmaß nicht ersetzen. Videokameras seien aber eine wichtige Ergänzung.

Auch eine deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich für den verstärkten Einsatz von Videotechnik aus. Nach den sexuellen Übergriffen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht befürworteten in einer Umfrage des ARD-Deutschlandtrends Anfang des Jahres 82 Prozent der Befragten eine Ausweitung dieses Instruments auf öffentlichen Plätzen.

Für die Berliner CDU gehört die Bekämpfung der Kriminalität für ein sicheres Leben überall in der Stadt zu den Hauptaufgaben des Staates. Seitdem die

CDU mitregiert, hat sich im Bereich der Inneren Sicherheit viel zum Positiven entwickelt, wie auch der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DePolG), Rainer Wendt, bestätigt.

Angesichts knapper Ressourcen musste die CDU jedoch Schwerpunkte setzen. „Aber überall da, wo wir es taten, gibt es Fortschritte“, sagt Innensenator Frank Henkel. Ein Blick in die Kriminalstatistik bestätigt das. So ist nicht nur Gewalt im öffentlichen Personennahverkehr seit 2011, dem Regierungseintritt der CDU, deutlich gesunken. Auch die Rohheitsdelikte sind auf das Niveau von Mitte der 1990er-Jahre zurückgegangen und liegen damit auf einem Rekordtief. Einen Rückgang gibt es zudem bei der Zahl der Wohnungseinbrüche. Während sie in Berlin um 2,8 Prozent gesunken sind, verzeichnet die Statistik in den rot-grün regierten Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Hamburg zweistellige Zuwachsraten.

„Die CDU hat außerdem die Trendwende beim Sicherheitspersonal eingeleitet. Schließlich braucht ein starkes Berlin eine starke Polizei. Daher haben wir in allein diesem Bereich 1.000 Stellen geschaffen. Rot-Rot hat dagegen 1.800 Stellen abgebaut“, bekräftigte Frank Henkel.

Bei der Abgeordnetenhauswahl am 18. September werden die Menschen auch über die Sicherheit in der Stadt abstimmen. „Mehr Sicherheit gibt es nur mit der CDU. Denn eine wachsende Stadt braucht mehr Personal und eine bessere technische Ausstattung, um mit den wachsenden Aufgaben Schritt halten zu können“, betonte der Spitzenkandidat der Hauptstadt-CDU Frank Henkel.

STRAFRICHTER ODER GESPRÄCHSKREIS?

Für die gewaltbereite linksextreme Szene ist es nicht zu ertragen, dass die Polizei die Rechte des Eigentümers der Rigaer Straße 94 durchsetzt. Seit Tagen brennen in der gesamten Stadt Autos, es wird bundesweit aufgerufen, die Situation anzuhetzen. Das Mitglied der Piratenfraktion Christopher Lauer hat jetzt Frank Henkel angegriffen und gefordert, dass der Senat versprechen müsste, auf eine Räumung zu verzichten. Zugleich solle der Eigentümer des Mietshauses auf seinen Besitz verzichten und dafür entschädigt werden, damit die Brandstiftungen an Autos und Angriffe auf Gebäude aufhörten. Der Regierende Bürgermeister und SPD-Vorsitzende Michael Müller möchte ebenfalls verhandeln. Frank Henkel sagt dazu: „Ich stelle mir nur für eine Sekunde vor, es gäbe in unserer Stadt eine Straße, in der militan-



Facebook-Nachricht der CDU Berlin zum Thema

te Rechte unsere Polizisten von Dächern mit Steinen angreifen würden. Ich stelle mir vor, Rechtsextreme würden in unserer Stadt auf Polizeieinsätze mit stadtweitem Terror in der Nacht reagieren. Diese Situation wäre unerträglich. Niemand würde auf die Idee kommen, mit solchen Extremisten zu verhandeln, eine Deeskalation einzufordern, ihnen vielleicht sogar Immobilien anzubieten. Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Hier dürfen wir nicht wackeln, uns erpressen und einen Keil zwischen uns treiben lassen. Die derzeitige Debatte zeigt, wie dringend wir einen demokratischen Konsens gegen Linksextremisten brauchen, wie es ihn gegen Rechts bereits gibt.“

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Dirk Reitze, Gina Schmelter, Benno Mächler; Satz/Bild: Stefan Liefänder; Fotos: Davids Sven Darmer, Gero Breloer, Czekalski, SEN WTF Lopata

Nach dem Brexit: Berlin wirbt in London um Unternehmen

Die Berliner Rundschau im Interview mit der
Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung
Cornelia Yzer

Berliner Rundschau: Frau Yzer, was haben Sie gedacht, als Sie die Nachricht vom Brexit hörten?

Yzer: Als zutiefst überzeugte Europäerin bedaure ich die Entscheidung sehr. Die Briten haben die EU mit vorangetrieben, die Flagge der Marktwirtschaft hochgehalten. Die EU als Wertegemeinschaft ist eine Grundüberzeugung, mit der ich aufgewachsen bin.

BR: Kam der Brexit für Sie überraschend?

Yzer: Tatsächlich ist die Kritik an der EU in den vergangenen Jahren gewachsen. Für viele Menschen steht sie für überbordende Bürokratie. Das müssen wir ernst nehmen und als Politiker handeln, damit Populisten keine Chance haben. Die EU muss wieder zu einem Europa werden, das wieder nah bei seinen Bürgern ist.

BR: Welche Chance bietet der Brexit für Berlin?

Yzer: Viele multinationale Konzerne haben sich über die Jahre mit ihren Europazentralen in London angesiedelt. Mit dem Austritt aus der EU müssen diese Unternehmen nun umdenken. Denn wenn sie weiter ein Standbein in der EU haben wollen – und das müssen sie für Geschäfte im europäischen Binnenmarkt – reicht London nicht mehr aus. Hier kommt Berlin ins Spiel. Ich bin überzeugt, dass wir im europäischen Vergleich mit die besten Voraussetzungen bieten. Gerne mache ich mich dafür als Berliner Wirtschaftssenatorin stark.

BR: Welche Vorteile bietet Berlin?

Yzer: Zunächst ist Berlin die Hauptstadt der stärksten Volkswirtschaft Europas. Wer hier ist, ist im Herzen Europas. Die unmittelbare Nähe zu den Bundesinstitutionen ist ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil. Abgesehen davon ist Berlin derzeit einer der am dynamischsten wachsenden Standorte der Republik. Bruttoinlands-

produkt und Arbeitsplätze wachsen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Berlin bietet hochqualifizierte, junge, internationale Fachkräfte. Wir sind digitaler Spitzenreiter Europas. Für Startups ist Berlin einer der attraktivsten Standorte der Welt.



BR: Wie genau werden Sie für Berlin Werbung machen?

Yzer: Die Wirtschaftsverwaltung hat bereits ein umfassendes Maßnahmenpaket entwickelt. Mittel unserer Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner sichten wir zugunsten von Werbeaktivitäten in Großbritannien um. Im Augenblick sind wir dabei, Briefe an jene Konzerne in Großbritannien zu schicken, die potenziell über einen Umzug nachdenken. Ebenso sprechen wir gezielt die Startup-Szene in London an. Daneben plane ich eine Investorenveranstaltung in London. Ein Auslandsbüro der Stadt Berlin in London ist ein anderes Vorhaben. Zusammengefasst werden wir keine Möglichkeit auslassen, gezielt für Berlin als Standort zu werben.

Neu
ab dem
15. Juli

DAS WAHLPROGRAMM ALS FILM



Hier jetzt schon
den Trailer schauen.

QR-Code folgen oder unter www.starkes.berlin

CDU

**STARKES
BERLIN**